



## Ostern an Euphrat und Nil

### *Christen, Muslime und die lange Krisenserie in Mittelost*

In Mittelost durften allzu wenige Christen frei Ostern feiern. Libyen hat drei Missionare entlassen, denen der Tod drohte. Am Nil flackerten Straßenschlachten auf. Die Wut zielte auf Zentren der Muslimbrüder ab, das Rückgrat eines Regimes, wo Präsident Muhammad Mursi Oppositionsführer verfolgt. Bedrängt werden auch *Christen* Ostarabiens von [Libanon](#) bis Irak.



Foto: [Wiki](#)

Geburtskirche in Betlehem im Westjordanland

Sicherer gingen sie dem Gottesdienst im Westjordanland und Israel nach. Nicht so in [Syrien](#), wo die Tage des Regimes auslaufen. Am Karfreitag beschränkte sich diesmal der Umzug in der Damaszener St. Kyrillos Kirche auf das Gelände daselbst. In Sangespausen hörten die Teilnehmer, wie nahebei Maschinengewehre ratterten. Der Autokrat ist abgetaucht, aber sucht Hilfe einer Staatengruppe. Die Kernfrage: *Wer regiert nach ihm in Damaskus?*

Antworten liefern jüngste Ereignisse. Nachdem Präsident Barack H. Obama Mitte März seine *aktivistische Mittelostpolitik* gegenüber Damaskus startete, spürten dies Nachbarn. Israel und die Türkei verständigen sich wieder, auch zu Syrien. In der Türkei leben viele syrische Flüchtlinge, die ernährt, betreut und beschützt werden wollen. Auch am Jordan.

Hier wie dort haben sich *Jihadis* eingenistet. Weitere Krisen ziehen auf. Eine wirksame Kooperation der Anlieger ist notwendig. Niemand mag das zerstörte Syrien der *al-Qaida* oder ähnlichen Trupps wie der *an-Nusra Front* ausliefern. Das ist der Fokus des Trainings, das Amerikaner Oppositionellen in Nordsyrien erteilen. Wer, sagt Washingtons Parlamentarier Mike Rogers, etwas mit gestalten will, muß mit *führen*. Man könne nicht ein Regime stürzen und dann bloß hoffen. Noch sind die Ausmaße der Ausbildung offen.

## Akzeleration

Die Administration stellt sich auf eine längere Krisenserie in Mittelost ein. Sie will nicht nur über ihr verbundene Kader und Kämpfer von innen mitreden, sondern, falls nötig von außen eingreifen. Was ehemals am Potomac Schnelle Eingreiftruppe hieß, lautet *Schnelle Reaktionsgruppe*.

Von Schiffen mit Fliegern her soll sie Botschaften und Bürger schützen. Auch Depots für C-Waffen? Sieben Trupps haben 2.200 Mann. Drei wirken im Mittelmeer, Persischen Golf und in Okinawa. Wohl tauchen sofort Bedenken auf, dass Amerika in Syriens Krieg hinein ge-zogen werde. Manche verwiesen auf Libanons Bürgerkrieg, der 14 Jahre währte. Jedoch gab es einst noch keine Massenvernichtungsmittel, die in Syrien erst noch zu sichern sind.

In Bagdad suchte Außenminister John Kerry Präsident Nuri K. al-Maliki zu gewinnen, nicht mehr die iranischen Überflüge mit Waffen für al-Asad zu erlauben. Man wird sehen, ob er Erfolg hatte. Irak ist selbst wieder von *al-Qaida* Einheiten unterwandert. Und als Schiite mag er sicher keine sunnitische Macht der Islamisten im benachbarten Damaskus erleben.



Foto: [Wiki](#)

Hauptsitz der am 22. März 1945 in Kairo gebildeten Arabischen Liga

So ergeht es auch Nachbarn, die sich am 26. März 2013 auf dem *Arabergipfel* in Qatar einigten, Syriens Oppositionelle der Koalition unter Muaz al-Khatib und Premier Ghasan Hitu nicht nur als nächste *Interimsregierung* anzusehen, sondern ihnen mehr Waffen zu liefern.

Aber man darf sich nicht täuschen: jeder dieser 22 Mitglieder der *Arabischen Liga* hegt hierbei Sonderinteressen. Einfluß auf Kämpfer sicherte sich Emir Hamad Bin Khalifa II., so daß al-Asad Qatar „größte Terrorbasis“ nannte. Und Europäer hinken im neuen Schub nach. Indes Paris und London das *Waffenembargo für Syrien* aufheben wollen, sind andere dagegen. Hollands Premier Mark Rutte will abwarten: Es gäbe dort keine koordinierte Opposition. Waffen erweitern nur den Konflikt, zumal Moskau weiter auf der anderen Seite liefere. Nach der Ansicht sollte gar nichts geschehen. Alle schauen zu, wie dieses Feuer ausgreift.

## Lichterloh

Inzwischen rückten die Kämpfe wieder in das Herz von Damaskus vor. Betroffen waren die Universität, der Umayyadenplatz und der Präsidialpalast. Wer weiß, wo Bashshar al-Asad ist? Indes schrieb er einen Brief an die Staaten Brasilien, Russland, Indien, China

und Südafrika. Diese BRICS-Länder (deren Anfangsbuchstaben) werden ihn „gegen die Kräfte des Bösen und Terrors“, wie er es darlegte, auch nicht retten. Obwohl der Kreml am Euphrat seine regionale Meerbasis in Tartus und seinen Waffenkäufer verlieren wird.

Andererseits kamen von der NATO negative Signale. Als Oppositionsführer al-Khatib vor der Arabischen Liga die Allianz fragte, ob denn Patriot-Raketen in der Türkei nicht auch Zivilisten Nordsyriens im Umkreis von 100 Kilometern beschützen könnten, hörte er ein Nein.

Wie begründet es Brüssel, diesen mörderischen Flächenbrand nicht partiell zu löschen? Weder die Allianz noch die Europäische Union machen sich verdient. Warten sie, was Amerika tut?

Dabei brennt es vor ihrer Haustür lichterloh. Die Minister verstecken sich hinter der „uneinheitlichen Opposition“ (als wäre es bei ihnen anders), „Kompliziertheit der Lage“ oder angeblichen Domino-Effekt. Ihre Feuerwehr soll gar nicht löschen, nur eindämmen. Wozu bestellt sie denn eigentlich der Steuerzahler, wenn sie im Moment der Not so wenig tun? Wir sind jetzt im dritten Jahr des Bürgerkriegs. Die Sachlage hat sich weitgehend geklärt.

### **Roßkur**

Der arabische Sondergipfel in Qatar erörterte auch die *Integration* im arabischen Raum. Man sprach von einer Zoll- und Geldunion als lang gehegter Traum. Die Realität ist auch am Nil anders: Alltagswaren sind knapp, Brotpreise steigen und die Schlangen werden an Zapfsäulen länger.

Es fehlt gerade an Diesel. Das trifft nicht nur den öffentlichen Verkehr, sondern Landwirte. Das Blatt „Al-Ahram“ druckte einen Text, wonach Zentralbankchef Hisham Ramiz durchaus fähig sei, in harter Zeit Devisen zu erlangen. Jeder ahnt, was das heißt: Die *Staatsreserve* schmilzt dahin.

### **Rücken Brotunruhen und Wirtschaftsruin näher?**

Ein großer Devisenbringer liegt am Boden. Planer wollen, daß die Touristen aus Iran die Besucher aus Amerika und Europa ersetzen. Höchst zweifelhaft. Die abgesagten Wahlen zum Parlament werden wohl in den Herbst verschoben. Kairo steht vor einer Roßkur: die Subventionen müssen reduziert werden. In dem Kampf um das alltägliche Brot versuchen *Muslimbrüder*, die lokale Preistreiberei in Griff zu bekommen. Jedoch nur eine möglichst breite parlamentarische Koalition kann nach dem Rat des Internationalen Währungsfonds derartige Wirkungen tragen oder abfedern.

Wieder zeigt sich, was Präsident Muhammad [Mursi](#) für einen [Grundfehler](#) beging, als er koalitionäre Ideen ausschlug und allein seine [Islamisten](#) favorisierte. Das Volk muß dies ausbaden.

Oder die Jugendlichen bleiben auf den Barrikaden. Eine endlose [Aktionskette](#), die begann, als in aller Eile ein *Grundgesetz ohne möglichst breiten Konsens* durchgepeitscht wurde. Guter [Rat](#) ist nun wirklich teuer.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)